

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

254 (1.11.1932)

Volkstreu



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE OSTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gerippte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 6 Pfennig. Die Restzeilen-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei halbjährlicher und bei längerer Werbung nach Vereinbarung. Bei Anzeigen für den Verkauf von Waren und Dienstleistungen ist die Anzeigensumme zu erhöhen. Bei Anzeigen für den Verkauf von Waren und Dienstleistungen ist die Anzeigensumme zu erhöhen. Bei Anzeigen für den Verkauf von Waren und Dienstleistungen ist die Anzeigensumme zu erhöhen.

Innere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark. Durch die Post 2,30 Mark. Ostelbadens 11 Pfennig. Postfach 2050. Karlsruher Straße 28. Telefon 2020/2021. Ostelbadens-Verlag, Karlsruhe i. B., Wöhrstraße 28. Ostelbadens-Verlag, Karlsruhe i. B., Wöhrstraße 28. Ostelbadens-Verlag, Karlsruhe i. B., Wöhrstraße 28.

Nummer 254

Karlsruhe, Dienstag, den 1. November 1932

52. Jahrgang

Verpreußerung des Reiches

Neue Reichsminister ernannt - Sie müssen Preußen beherrschen Das Ostelbiertum auf dem Beutezuge

Die Vögte für Preußen

Das Kabinett der Barone hat neue Kommissare in Preußen ernannt. Die Liste der kommissarischen Beamten steht nunmehr so an:

- Innen: Dr. Bracht; der zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt worden ist.
- Finanzen: Dr. Popitz, ebenfalls zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt;
- Landwirtschaftsrat: Reichsernährungsminister v. Braun;
- Wirtschaft und Arbeit: Staatssekretär Ernst;
- Kultus: Professor Dr. Kästner, Greifswald;
- Justiz: Staatssekretär Söllner.

Aus dieser Liste geht hervor, daß man sich im Reichskabinett keine Mühe gibt, die Serie von Verträgen gegen das Preußische Volk zu bemühen. Man richtet sich für die Dauer ein! Mit der Unterstellung des Landwirtschaftsministeriums unter den Freiherrn v. Braun wird die Absicht des Kabinetts der Barone ganz deutlich. Jetzt haben wir die Barone direkt in Preußen!

Das preussische Landwirtschaftsministerium wurde einst von Otto Braun geführt. Die Abwendung vom Kurs der Herrenhäuser und des Ostelbiertums ist darin deutlich zum Ausdruck gekommen. Jetzt sind wieder Ostelbier im preussischen Landwirtschaftsministerium. Die Bevölkerung in Preußen soll den Interessen des ostelbischen Großgrundbesitzes dienlich gemacht werden. Die preussischen Staatsfinanzen sollen unter ostelbischen Gesichtspunkten von einem Finanzminister verwaltet werden, der sich den Baronen zur Verfügung stellt hat, und der Politikern soll unter Bracht'schem Kommando die Interessen der Junker schützen. Immer feste druff - ostelbisch gerichtet. Das ist die Parole des Kabinetts der Barone. Seine Basis im Volk wie im Reich wird immer schmaler, aber seine Machtziele werden immer größer!

Die preussische Staatsregierung wird über diese neue Provokation am Dienstag beraten.

Eine Erklärung der Preußenregierung

Innerhalb der preussischen Staatsregierung nimmt man zu den Ernennungen im Reich folgende Stellung ein:

Die Ernennung von Reichsministern ist an sich Sache des Reichs. Preußen hat dabei lediglich im Rahmen des Reichsrats wegen der haushaltmäßigen Unterlagen mitzusprechen. Die Ernennung ist nach der grundsätzlichen Auffassung der preussischen Staatsregierung deshalb unzulässig, weil die Verwaltung preussischer Angelegenheiten durch das Reich auf Grund des Artikel 48 Abs. 2 nach ihrer Ansicht nicht notwendig ist. Wenn sie aber für notwendig gehalten wird, kann die Beschränkung auf Preußen nicht gerechtfertigt werden. Die Bezeichnung der Kommissare als „Reichsminister“ ist immerhin zureichender als die Bezeichnung Landesminister oder „Landesregierung“, die mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht in Einklang steht. In der Ernennung von Herrn Popitz wird man eine gewisse Ablehnung der Reichsregierung von der bisherigen Beurteilung der früheren Finanzabteilung des Reiches zu erblicken haben, an der Herr Popitz als Staatssekretär im Reichsfinanzministerium bis Ende 1929 als maßgebender Fachberater mitgewirkt hat.

Was sagt die Regierung Bolz?

Stuttgart, 31. Okt. Landtagsabgeordneter Reil (Soz.) hat folgende Anfrage an die württembergische Regierung gerichtet:

Nach Berichten der Presse beschäftigt die Reichsregierung, Reichsminister ohne Portfeuille ernennen zu lassen und ihnen im Betreuungswege die kommissarische Verwaltung preussischer Ministerien zu übertragen.

Ist das Staatsministerium bereit, diesen Plan, der grundlegenden Vorgriffen der Reichsverfassung anhekt, zu lassen und eine tiefgreifende Kräfteverschiebung zum Nachteil der Länder im Gefolge haben würde, mit allem Nachdruck entgegenzutreten?

„Kampf um die Grundrechte“

Die „Völkische Zeitung“ veröffentlicht heute einen Artikel des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz. Er schreibt unter der Überschrift „Keine Experimente“, u. a., wer sich ernsthaft mit den politischen Aufgaben und ihren Lösungsmöglichkeiten befaßt, wird zu dem Ergebnis kommen, daß alles Experimentieren mit dem sogenannten „Verwurmen des Steuers“ nicht helfen kann. — Niemand dürfte das Volk finden. In diesem berechtigten Verlangen

des Volkes verflüchtigen sich diejenigen, die ohne zwingende Not die Zahl und das Maß der Sorgen des deutschen Volkes vermehren. Auf einmal gibt es auch noch Verfassungsorgane. Es ist wahr, daß einige Verfassungsbestimmungen änderungsbedürftig sind. Das alles aber zu seiner Zeit. Nicht übertreiben und wahrhaft bleiben! Wir sind überzeugt, daß gerade diese Fragen geeignet sind, gleichgültiges Volk aufzurütteln; wir hoffen, daß die Fragen der Verfassung, der Kampf um die Grundrechte des Volkes einen starken Antrieb für Zusammenarbeit nach der Wahl geben.

Oberpräsidentenkonferenz

Reichskommissar Dr. Bracht hat die preussischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten für Freitag zu einer Sitzung im preussischen Innenministerium eingeladen. Neben einer Aussprache über die politische Lage dürfte der Zweck der Zusammenkunft vor allem auch in einer Erörterung der sich aus der Neuorganisation der politischen Verhältnisse in Preußen in der Verfassungsreform ergebenden Fragen bestehen.

Katastrophenpolitik

Die Papenbarone richten weiteres Unheil an

Vertrauen verloren

Stuttgart, 1. Nov. In zwei Zentrumsversammlungen sprach am Montagabend der bayerische Ministerpräsident Dr. Held. Er wendete sich zunächst gegen Dr. Hugenberg, den er als den bösen Geist des deutschen Volkes bezeichnete, und führte dann gegenüber den Plänen der Reichsregierung aus, er habe nicht die Überzeugung, daß diese Regierung liberalistisch eingestellt sei. Die Rede des Herrn v. Gagl mit dem Lob des Einheitsstaates habe ihn sehr ruhig gemacht. Der Ministerpräsident sprach dann von einem „merkwürdigen“ Kampf Papens gegen die Parteien. Haben denn, so fragte Dr. Held, die Parteien den Krieg verloren, die Inflation nach Deutschland getragen? Dr. Held sagte weiter, die vom Reichskabinett geplanten Reformen müsse er entschieden ablehnen. Der Reichsrat dürfe nicht zu einem Präsidialrat herabgedrückt werden, sondern müsse vielmehr die Rechte des alten Bundesrates wieder erhalten. Die Zeit sei so ernst wie kaum vor 1918. Was man wolle, sei offenbar geworden, nämlich die Verpreußerung des Reiches. „Ich habe jetzt den Glauben an das Kabinett von Papen verloren. Ich muß betonen, daß ich heute aufs schwerste enttäuscht bin. Es ist unmöglich, auch nur eine einzige Minute stillzuschweigen.“

Die bayerische Regierung hat zu der nunmehr vollendeten Übernahme der gesamten preussischen Exekutive und Verwaltung durch

Reichskommissare, die zum Teil Mitglieder der Reichsregierung sind, noch keine Stellung nehmen können, da ihre Mitteilung zur Zeit nicht in München ist. Ministerpräsident Dr. Held weist zur Rehabilitation in Stuttgart, wo am Montag nachmittag in einer rasch improvisierten Konferenz der Länder Bayern, Württemberg und Hessen in Anwesenheit des bayerischen Vertrauensmannes Freiherrn v. Persner gemeinsame Beratungen gepflogen wurden.

Ueber die Auffassung Bayerns zu dem Vorgehen der Papenregierung kann indessen kein Zweifel bestehen. Bayern erblickt in der ganzen bisherigen Tätigkeit des Reichskommissars eine „Verpreußerung des Reiches“ und in der jetzt provisorisch abgeschlossenen Reichsreform, die praktisch die Herstellung einer Regionalunion zwischen dem Reich und Preußen darstellt, einen Verstoß gegen die Verfassung. Nach bayerischer Auffassung kann die Verwirklichung des Dualismus zwischen Reich und Preußen ohne gleichzeitige Sicherstellung der Rechte und der Eigenstaatlichkeit der Länder unmöglich mit der Methode Papens durchgeführt werden. Denn die Zusammenfassung der staatlichen Gewalt des Reichs mit der Preußen verleiht die Stellung Preußens als Land innerhalb des Reiches vollkommen. Wo früher ein gleichberechtigtes Staatsgebilde mit den übrigen Ländern auf gleicher Grundlage an den Geschicken des gesamten Reichs mitarbeitete, tut sich durch die Maßnahmen der jetzigen Reichsregierung eine hegemoniale Stellung Norddeutschlands auf; die von den übrigen Ländern aus Gründen des eigenen staatlichen Lebens nie und nimmer hingenommen werden kann. Dr. Herrenlobregierung hat also mit dem allerhöchsten Widerstand Bayerns zu rechnen, worüber in den nächsten Tagen die notwendigen Beschlüsse gefaßt werden.

KPD.-Schwindelpropaganda

Demagogischer Wettlauf mit den Nazis

Unter Verwendung von aus dem Zusammenhang gerissenen und nachweisbar gefälschten Zitaten aus Reden einiger Sozialdemokraten, sucht die kommunistische Presse den Nachweis zu erbringen, daß die Sozialdemokratie zu Rüstungen und zum Krieg befehle. Es lohnt wahrhaftig nicht, sich gegen diese Lüge zur Wehr zu setzen. Die Resolution, die die sozialdemokratische Fraktion des letzten Reichstags zur Rüstungsfrage angenommen hat, spricht ebenso deutlich wie der Beispruch des Magdeburger Parteitag von 1929. Aber es empfiehlt sich, diejenigen, die uns beschuldigen, an ihre eigenen Befindungen zu erinnern.

Die Kommunisten wollen, wie der Wahlauftrag ihres Zentralkomitees bejaht, den „Schandvertrag von Versailles zerreißen“. Erst das kommende sozialistische Deutschland — sie sprechen bezeichnenderweise nicht von einem kommunistischen Deutschland — wird der unterdrückten deutschen Bevölkerung in Österreich, Elsaß-Lothringen, Südtirol usw. die Möglichkeit eines freiwilligen Anschlusses geben.

Mit diesem Aufruf ist der Nationalismus der Nationalsozialisten, die mit der Zeit gelernt haben, sich vorsichtig auszudrücken, bei weitem übertrumpft, und das ist ja auch der Zweck der Werbung. Den dem verurteilten Mittelstand entstammenden Schichten, die dem Vaterland folgen, weil sie hier ihr Bedürfnis nach bürgerlich-patriotischer Erregung finden können, soll klar gemacht werden, daß sie bei der KPD. ebenso auf ihre Rechnung kommen.

Folgen sie den Lokrufen, so werden sie aber wohl den Jüngern

Moskaus die Frage vorlegen müssen, auf welche Weise denn den Unterdrückten Deutschen im Ausland die Möglichkeit zum Anschluß an Sowjet-Rußland gegeben werden soll. Die Zerreißung des Versailler Vertrages durch eine deutsche kommunistische Regierung genügt nicht. Frankreich, Italien, die Tschechoslowakei, Polen und die übrigen in Betracht kommenden Staaten müssen sich mit der Loslösung eines Teils ihrer Bürger doch einverstanden erklären oder zum mindestens eine Volksabstimmung in den Gebieten, auf die das kommunistische Deutschland Anspruch erhebt, gestatten. Wenn sie das nicht tun, wie werden sich dann die zukünftigen Machthaber Deutschlands verhalten? In dem Aufruf sprechen sie von einem Bündnis mit der Sowjetunion, damit jeder Anschluß der Imperialisten vereitelt wird. Ein Anschluß in diesem Sinne würde doch auch die Weigerung des Nachbarn sein, den von den kommunistischen Zentralkomitee angeforderten Anschluß vollständig zu lassen. Dann bliebe also nur die Gewaltanwendung, das heißt der Krieg, und um ihn mit einiger Aussicht auf Erfolg führen zu können, dürfte sich Deutschland nicht ausschließlich auf russische Waffen verlassen, sondern müßte selbstverständlich stark gerüstet sein.

Die Kommunisten haben also die Wahl: Entweder müssen sie zugeben, daß sie Kriegsbete treiben und den Krieg vorbereiten oder sie müssen gestehen, daß ihre Ankündigung der Vertragserreichung nichts anderes ist, als ein elendes Maulschweigen und ein erbärmlicher Betrug an den für nationalsozialistische Großpropaganda zugunlichen Teil der deutschen Wähler.

Drohendes Klassenwahlrecht

Während das deutsche Volk sein politisches Argument den Wahlen zurecht, treiben die von den Nationalsozialisten in den Sattel gehobenen preußischen Junker ihr gefährliches Spiel mit den deutschen Volksrechten bis zur Spitze. Die Entscheidung des Reichsgerichts: „Die preußische Regierung hat keine Pflicht gegen das Reich verletzt, so daß aus diesem Grund kein Recht zur Reichsetzung vorliegt“, hat nicht etwa die Junker zu der notwendigen Schlussfolgerung veranlaßt, das Anrecht wieder gutzumachen, sondern bestimmt sind, ihre Gelüste noch weiter voranzutreiben. Wie von unterrichteter Seite der Telegraphen-Union mitgeteilt wird, beabsichtigen die „seinen Herren“, das Leipziger Urteil so zu interpretieren, daß der Artikel 48 Absatz 2 in Zukunft dem Reichspräsidenten das unbefreitbare Recht gebe, die Politik eines Landes, das die Politik des Reiches zu durchkreuzen beabsichtigt, durch geeignete Maßnahmen mit den Bedürfnissen des Reiches in Übereinstimmung zu bringen, und zwar auch dann, wenn keine Pflichtverletzung vorliegt. Auf gut deutsch gesagt, die ostelbischen Junker wollen nicht nur Preußen, sondern auch Bayern, Württemberg und Baden drohen, sich willenslos ihren reaktionären Plänen gefügig zu zeigen, ansonsten ihnen das Schicksal der preußischen Staatsregierung zu teil werde. So leicht, wie sich die preußischen Junker dieses Spiel mit Süddeutschland vorstellen, wird es nun doch nicht gehen und die bereits vorliegenden Schritte Bayerns, denen sich, wie man hört, auch die übrigen süddeutschen Länder angeschlossen haben sollen, zeigen, daß vorläufig noch Süddeutschland keine ostelbische Klitsche ist. Ueber diese Gefahren für Süddeutschland hinaus gehen jedoch die preußischen Junker aufs Ganze. Die letztwöchige Rede des Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl muß um ihrer grundsätzlichen Bedeutung willen und der in ihr liegenden Gefahr für die Grundlagen der deutschen Volksrechte mit als das wichtigste innenpolitische Ereignis dieser Tage angesehen werden. Als im November 1918 mit dem Zusammenbruch des bankrotten alten Regimes durch Schaffung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auch für sämtliche Länder und Kommunen das Klassenwahlrecht endgültig fiel, da hat wohl niemand daran gedacht, daß knapp 14 Jahre später eine junkerliche Reichsregierung bereits wieder aufs neue mit dem Klassenwahlrecht spielen würde, und darüber hinaus dieses Klassenwahlrecht auch auf das Reich, wo es nie bestand, ausgedehnt wissen wollte. Die Rede des Herrn von Gayl schafft in dieser Hinsicht neben anderen bedenklichen Plänen, so vor allem hinsichtlich einer weiteren Kammer und einer angeblich „unabhängigen“ Regierung, welche die Herrschaft der preußischen Junker wieder für ewige Zeiten etablieren soll, Klarheit. Neben einer Heraushebung des aktiven und passiven Wahlalters um 5 Jahre, als Bedrohung der Jugend plant die Regierung der Barone den „selbständigen Familienernährern“ und den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu geben, was letzten Endes den Anfang zu einem Klassenwahlrecht bedeutet. Diese Ausdrucksweise „selbständige Familienernährer“, ohnehin reichlich unklar, bedeutet (eingewidelt in das Pluralwahlrecht für Kriegsteilnehmer, von der Front oder der Etappe!) nichts anderes als die Absicht, die Erwerbslosen zu entrechten, auch wenn eine andere Interpretation versucht wird. 6 Millionen Erwerbslose, und vor allem die Frauen, die ja in den wenigsten Fällen das Pluralwahlrecht bekämen, sollen so durch ein Klassenwahlrecht entrechtet werden, was bei anderen Körperschaften als den hierfür vorgesehenen Reichstag vermutlich sich in ein geradezu absurdes Klassenwahlrecht steigern würde.

Die von Hitler mit all seiner Kraft in den Sattel gehobenen preußischen Junker verwirklichen so das nationalsozialistische Programm der Entrechtung breiter Volksmassen wie sie kein modernes Kulturvolk der Erde sich bieten läßt und wollen dabei gleichzeitig über diese Sicherung hinaus, ihre Herrschaft noch dadurch befestigen, daß sie fürberhin die Regierung unabhängig von den Bestimmungen der Volksvertretung machen wollen. Das deutsche Volk erntet so durch die Junker, was ihnen Hitler, durch seine Fäulung der Volksrechte, durch seine Schmähung der Demokratie und durch seine Predigt über die diktatorische Gewalt eingeheimert. Der Trompeter Hitler hat den „seinen Herren“ die Melodie begeben und sie schwingen nun den Takttod in dem von ihm gelehrten Sinne. Das deutsche Volk hat mit den Papen und Gayl, den Hugenberg und Hitler eine Lehre bekommen, die es hoffentlich nicht so schnell vergißt, und die ihm zur Mahnung dienen muß, fürberhin mit seiner Zustimmung bei den Wahlen vorsichtiger zu sein. Wer sich erinnert, welche Kampfeslust und Begeisterung die Sozialdemokratie jahrzehntelang entfacht hat, um das Klassenwahlrecht zu Fall zu bringen, weiß daher, was er am 6. November zu wählen hat, damit nicht wieder das deutsche Volk ein willensloses Werkzeug der preußischen Junker wird. Der Kampf für die Volksrechte gegen preußische Klassenwahlrechte wird daher am 6. November zur Pflicht eines jeden Mannes und einer jeden Frau, die nicht Gefahr laufen wollen, nochmals all das Schwere durchzumachen, was wir unter preußischer Junkerherrschaft einst erleben. Wer bis gestern noch nicht wußte, was er zu tun hat, heute muß er es wissen: Schluß mit Papen und Schluß mit Hitler! muß der Kampf sein! Liste 2 sozialdemokratisch ist die Parole zum 6. November.

Ein echter Hakenkreuzler

Braunschweig, 31. Okt. (Ein. Draht). Die Ehefrau des nationalsozialistischen Motor-Sturmführers Troch in Braunschweig hat sich mit Beronal verärrt. Aus einem Abschiedsbrief an ihre Eltern geht das Martrium dieser bedauernswerten 27ähr. Ehefrau hervor. Troch, der in der Braunschweiger Nazibewegung eine führende Rolle spielt, ließ seine Frau buchstäblich verhungern. Dafür machte er zahlreiche Gelage mit anderen fittlichen Erneuerern mit und fährt als Redner in die Dörfer um die Frauenstimmen für das Dritte Reich zu werben.

Nach einer Kaiserversammlung in Holzminde, in der müß gegen die Nazis losgezogen wurde, wurden von den Parteifreunden des Troch die Fensterheben des dortigen sozialdemokratischen Orans der „Obermeier Zeitung“ eingemoren. Einige Tage zuvor waren bereits die Zeitungskästen des Verlassesabandes abgerissen und in die Wese geworfen worden.

Adolf Hitler sagt ab

Ein abgeflagter Kummel und eine Attacke auf den Geldbeutel

Mit großem Tamtam verkünden die Nationalsozialisten ihre Großkampftage in Baden, wobei ihr bestes Pferd, Adolf Hitler, in der Arena erscheinen soll. So ein Jugpferd muß doch ein volles Haus schaffen und gleichzeitig die leeren Kassen der Nationalsozialisten auffüllen. Wenn es auch angeht des ablaufenden Kapitummals, vielfach nur Neugierige sind, welche die Kundgebungen füllen, so bringt es doch immerhin Geld ein, was auch von den Herren mit der Devise „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ nicht verabschuet wird. So wurde denn in Mannheim eine große Propaganda getrieben für eine gewaltige Versammlung, in der angeblich Adolf Hitler, der „Führer“, sprechen sollte. Alle Agitationsstatten wurden in Bewegung gesetzt, alle Mittel angewendet, um einen Kartenerwerb im Großen zu inszenieren, bis jetzt auf einmal von offizieller Stelle der Nationalsozialisten mitgeteilt wird: „Adolf Hitler spricht nicht in Mannheim!“ In der nationalsozialistischen Zeitung „Die Volksgemeinschaft“ in Heidelberg ist zu lesen:

„Wie uns soeben durch die Privatkanzlei Adolf Hitlers mitgeteilt wird, kann Adolf Hitler wegen dringender politischer Ereignisse am 4. November nicht in Mannheim sprechen, ein anderer Termin ist wegen der festgesetzten Versammlungsreise unmöglich. Die Gausleitung bedauert diese Abgabe für Mannheim, wird aber bemüht sein, für diesen Tag entsprechenden Ersatzredner zu befragen. Die Gausleitung erwartet, daß die Anhänger bereitwillig für diese Situation seien und die alte Opferbereitschaft und Disziplin bewahren.“

Die Gausleitung: Robert Wagner, M. d. L.

Wir wissen nicht, was in Wirklichkeit daran schuld ist, daß Adolf Hitler nicht in Mannheim spricht. Sind es wirklich „dringende politische Ereignisse“, vielleicht ein neuer Gesellschaftsbefehl der Herren Barone, um ihren Sattel mehr zu befestigen, oder aber eine „Schneider-Beisprechung“ zwecks Auffertigung eines „Hemdenstrümpfenbraun mit Schwarz“. Vielleicht ist es aber auch eine gewisse Angst des Herrn vom Braunen Hause vor der Mannheimer Arbeitererschaft; denn wenn „Die Volksgemeinschaft“ schreibt:

Tagesschau

Berlin, 1. Nov. Deutschland wird die Umfrage des Völkerbundes ob die beizustellenden Mächte mit einer Verlängerung des Rüstungsfristjahres einverstanden sind, nicht beantworten, bevor die Frage der Gleichberechtigung geklärt ist.

London, 31. Okt. Das britische Kabinett hat sich, wie verlautet, heute auch mit dem französischen Abrüstungsplan befaßt.

Santiago de Chile, 31. Okt. Bei der gestrigen Präsidentenwahl erhielt Arturo Alessandri mit rund 180 000 von insgesamt 325 000 Stimmen die absolute Mehrheit.

Genf, 31. Okt. Vom Völkerbundsekretariat wird offiziell mitgeteilt, daß der Generalsekretär Sir Eric Drummond den Staatssekretär S. Dr. Trendelenburg zum Untergeneralsekretär im Völkerbundsekretariat ernannt hat.

Emmet (Daho), 31. Okt. In einer Rohboerversammlung in Emmet protestierte Senator Borah gegen die erdrückende Last der amerikanischen Wälfungen. Es sei heillos, daß die Vereinigten Staaten ihre Rüstungsausgaben gegenüber der Vorkriegszeit um 30 bis 45 Prozent überschritten haben.

Herriot in Madrid

Französisch-spanische Freundschaft

Madrid, 31. Okt. (Ein. Draht). Der französische Ministerpräsident Herriot ist am Montag vormittag in Madrid eingetroffen. Er wurde auf dem Nordbahnhof von Ministerpräsident Azana, Außenminister Julliana, dem Generalsekretär des Staatspräsidenten, dem Madrider Bürgermeister und dem spanischen Arbeitsminister Dalkinter, der an der Madrider Tagung des Verwaltungsrats des internationalen Arbeitsamts teilgenommen hatte, begrüßt. Der Vorhofs war von einer großen Menschenmenge umlagert, die Herriot beim Erscheinen begeistertst begrüßte. Nach einer kurzen Rundfahrt durch die reichsblaugelbe Stadt und den Reichsapost hat Herriot in Begleitung des spanischen Botschafters und des Arbeitsministers dem spanischen Botschafter und dem spanischen Botschafter eine Audienz ab und überreichte ihm das Großkreuz der Ehrenlegion, das ihm die französische Regierung verliehen hat. Azana dankte Herriot für die ihm und damit der spanischen Nation erwiesene Ehre und umschloß sich dann mit Herriot in freundschaftlicher Weise. Vom Präsidentenpalais begab sich der französische Ministerpräsident zum Cortes-Gebäude, wo er mit dem spanischen Botschafter eine einstündige Unterredung hatte. Botschafter gab später vor der Presse eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Herriot hat sich mit mir nur über allgemeine Probleme unterhalten. Er hat darauf bestanden, daß man seiner Reise keine geheimnisvollen Ziele zuschreibt. Der französische Ministerpräsident wünscht, daß man sie als einen freundschaftlichen Besuch ansieht. Denn die Freundschaft zwischen den beiden Ländern hat zu allen Zeiten bestanden und sie muß jeden Tag noch enger werden. Im Grunde genommen ist also der Besuch Herriots eine romantische Reise.“

Herriot stattete schließlich dem Ministerpräsidenten Azana einen Besuch ab, der ihm zu Ehren ein Essen im engsten Kreise gab.

Der 6. November

Von Th. Leipart, Vorsitzender des ADGB.

Seit einem halben Jahre ist die Verfassung von Weimar praktisch außer Kraft.

Sie wird „verschützt“, aber in ihren entscheidenden Teilen nicht mehr angewendet.

So soll „reformiert“ werden, aber nicht aus ihrem Geiste. Der Geist der Weimarer Verfassung ist verbannt, er soll unterdrückt werden.

Und das alles aus der angeblichen Vollmacht eines Artikels dieser Verfassung des Artikels 48.

Die Staatsgewalt geht nicht mehr vom Volke aus, sondern vom Reichspräsidenten.

Das Volk ist nicht mehr souverän.

Gerade die Mannheimer Arbeitererschaft hatte gerüfkt, um diesem Manne einen Empfang zu bereiten“, so war dieser Empfang der Mannheimer Arbeitererschaft sicher alles andere als „begeisternd“ gedacht, wie die „Volksgemeinschaft“ meint. Interessant ist jedoch auf alle Fälle die der Abgabe hinzugefügte Bekanntmachung der Kreisleitung Mannheimer der Nationalsozialistischen Partei, in der es u. a. heißt:

„Die Kreisleitung erwartet, daß die Teilnehmer der Hitler-Verammlung sich an dieser neuen Kundgebung beteiligen. Da jedoch eine Reihe von Volksgenossen, besonders von auswärts doch die Mühen und Kosten scheuen, nach Mannheim zu fahren, können Karten wieder eingelöst werden. Die Kreisleitung Mannheim stellt sich aber einverstanden, bekannt zu geben, daß sie durch die Vorbereitungen bereits erhebliche Unkosten gehabt hat und im Besonderen einen schweren Kampf in Mannheim zu führen hat. Sie wendet sich daher an den Opferwillen der Volksgenossen und hofft, daß der größte Teil auf die Einkassierung verzichtet und den Eintrittspreis als Wahlspende ansieht.“

Daß die nationalsozialistische Kreisleitung einen schweren Stand in Mannheim hat, dies glauben wir gerne, daß sie jedoch infolge dessen befugt ist, denjenigen, welche in der Erwartung einer Zirkusvorstellung von Adolf Hitler in Mannheim sich eintrittspreise gelöst haben, das Geld dafür lang- und langsam abzurufen, um es dem nationalsozialistischen Wahlfonds zuzuführen, darüber wird eine allgemeine Entrüstung herrschen. Etwas anderes als Gimpeffung ist ein derartiges Manöver nicht und es werden hierdurch auch viele Kreise, die beabsichtigt hatten, Herrn Adolf Hitler in Karlsruhe zu sehen, daraufhin Abstand nehmen, Karten für diese Galavorstellung zu nehmen. Denn wer weiß, ob es nicht auch in Karlsruhe ähnlich geht und Herr Hitler im letzten Moment „bringender Ereignisse“ wegen abjagt und der Eintrittspreis dann als „Wahlspende“ Verwendung findet. Das Wetter ist trüb und Herr Hitler hat vielerlei „Geschäfte“. Herr weiß, ob in Karlsruhe nicht ähnlich wie in Mannheim geht. Allerhand Gerüchte sind ja im Umlauf.

Souverän ist heute der Reichspräsident.

Der Reichspräsident ist zwar von der Mehrheit des Volkes in sein Amt berufen.

Aber die Regierung des Reiches, die er einsetzt hat, regiert gegen den Willen der Mehrheit des Volkes. Die Reichsregierung beruft sich bei jeder Gelegenheit auf überirdische Kräfte als Quelle ihres Rechts gegen das Volk. Sie treibt „Politik aus dem Glauben“. Das Volk aber teilt diesen Glauben nicht und mißbilligt diese Politik. Die Regierung zieht aus dieser Tatsache nicht die einzig mögliche Folgerung, nämlich abzutreten. Die Reichsregierung will eine „autoritäre Regierung“ sein. Aber es gibt nur eine dauerhafte Grundlage der Autorität, das Vertrauen des Volkes.

Dieses Vertrauen fehlt. Es fehlt in allen Schichten des Volkes, außer bei jenen, die die Souveränität des Volkes verneinen, die sein unerträgliches Recht, aus eigenem Urteil zu bestimmen, wie und von wem es regiert werden will, ein für allemal befehlen wollen.

Politik wird nicht durch den Glauben gerechtfertigt, sondern durch Taten. Die Taten dieser Regierung zeigen wider ihren Glauben. Ihre Pläne bekunden eindeutig, ihren Willen, die Staatsgewalt dem Volke zu entreißen.

Die lebendige Einheit von Volk und Staat, durch die Wirkungen der Krise, durch die Folgen einer verhängnisvollen Politik ohnehin geschwächt, soll vollends zerfallen. Obrigkeitstaats und Untertanentum: das ist das staatspolitische Ziel dieser Regierung, das ist die Quintessenz ihrer Verfassungsreform.

Aus diesem Geist bürokratischer Diktatur handelt sie schon heute. Sie bestrebt das Volk, aber sie mißachtet seine Antwort. Sie rühmt sich ihrer Unabhängigkeit von den Parteien, sie nennt sich „überparteilich“. Aber diese angebliche Überparteilichkeit existiert nur in ihrer eigenen Einbildung. Der Beifall der Deutschnationalen beweist, wo sie ihre Anhänger sucht und findet. Sie füßt sich auf die Großararier, auf die Schwerindustrie, die ehemaligen Prinzen, die Fürsten und den Adel. Sie liebäugelt mit den Monarchisten und umwirbt die großen Interessenten. Das ist ihr neues Prinzip konservativer Staatsführung.

Der Reichskanzler würde für seine Politik auf den Tagungen der Industriellen und Agrarier. Die einen lacht er durch Steuererhöhungen und Prämien für sich zu gewinnen, die anderen durch Kontingente und Zölle, die einen wie die anderen durch Subventionen. Der Reichskanzler weiß recht auf, warum er nicht vor den Arbeitern, vor den Gewerkschaften redet. Er hätte mit leeren Händen vor sie hintraten und sich rechtfertigen müssen, wie er es „vor Gott und der Nation“ begründen will, daß die Arbeiter durch diese feiner Notverordnungen mehr entrechtet und tiefer ins Elend getrieben werden. Es wäre ihm nicht gelungen. Denn für diese Politik gibt es keine Rechtfertigung.

Die gegenwärtige Reichsregierung ist der Repräsentant aller wahrhaft volksfeindlichen Kräfte. Wäre sie es nicht, sie wäre nicht auf den Gedanken gekommen, ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm mit politischen Maßnahmen zu verflochten, die die Grundlagen des deutschen Arbeitsrechts erschüttern, das in Wahrheit das Freiheitsrecht der deutschen Arbeitererschaft ist, aus ihrem Geiste geboren und unter harten Dornen erkämpft. Dieses Freiheitsrecht ist das Wahrzeichen eines neuen Deutschland, in dem die Arbeitererschaft entsprechend ihrer geistlichen Leistung für das Volk, als alleinstimmiges Mitglied im Gansen der Nation ihre erste Anerkennung fand. Eine Regierung, die dieses Recht angreift, ist ein Feind der Freiheit der deutschen Arbeitererschaft, sie gefährdet die innere Freiheit, das soziale Selbstbestimmungsrecht der wertvollsten Schichten der Nation, sie ist eine Regierung wider das Volk.

Die deutsche Arbeitererschaft wird den Kampf um die politische Macht mit ungedroher Energie aufnehmen. Der Geist der unerbittlichen und folgerichtigen Genossenschaft gegen den Kapitalismus, der die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung belebt, kreuzt sich aus bis weit hinein in die Reihen der Parteien und Verbände, die heute noch, verblendend von den Lehren falscher Propheten, politische Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind. Dieser Antikapitalismus von heute wird der Sozialismus von morgen sein, wenn die deutschen Arbeiter ihren alten Fahren tren bleiben und ihre Millionen und aber Millionen Stimmen am 6. November wie in den kommenden Kämpfen geschlossen einbringen, um den sozialen deutschen Volkstaat auf dem Freiheitswillen der deutschen Arbeitererschaft, auf der politischen Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufzubauen.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1. November

1906 Petersburger Arbeiter-Deputiertenrat nach Sibirien verbannt. — 1917 Moskauer Sowjet beschließt Machtergreifung. — 1918 Die Sozialdemokratie fordert den Rücktritt des Kaisers. — 1926 Sozialdemokratischer Abg. Robert Dismann. — 1928 213 000 Ruhrarbeiter ausbeleidigt.

Kauf am Plage

Aus Einzelhandelskreisen wird uns geschrieben: Die unter dem harten Druck der Verhältnisse notwendig gewordene Reduzierung der Gehälter und Löhne hat es mit sich gebracht, daß heute wieder mehr als in den vorangehenden Jahren mit dem Preis für den Verbraucher — insbesondere die Beamten und Selbständigen — mit den in außerordentlicher Fülle von auswärtigen Verland- oder Vertriebsgeschäften an sie herangetragenen Angeboten liebäugeln und sich durch die auf den ersten Blick manchmal wirklich billigen scheinenden Preise zu mehr oder minder umfangreichen Bestellungen verleiten lassen. Wenn aber die Ware dann eintrifft, so wird in den meisten Fällen bittere Enttäuschung die Folge sein. Es fehlt bei derartigen Käufen, die auf Grund von verlockenden Prospekten und Preislisten oder auf Folge mündlicher Angebote von Verkäufern an der Handlungsbereitschaft, eben durchweg die Möglichkeit einer genauen Überprüfung der Qualität, die allein maßgeblich für eine wirkliche Zufriedenstellung der Verbraucher ist.

Beim Einkauf am Plage hat der Kunde den großen Vorteil persönlicher Auswahl unter zahlreichen Sorten verschiedenster Qualitäten und Preislagen, sowie die Möglichkeit der Reklamation und des Umtausches, falls die gewählte Ware nicht den Anforderungen entsprechen sollte, die man nach dem bezahlten Preis billigerweise zu stellen berechtigt ist. All diese Vorteile und Möglichkeiten, die in ihrem Werte doch wahrlich nicht unterschätzt werden dürfen, fallen beim Kauf nach Prospekt und Preisliste auswärtiger Händler weg. Man kauft beim ortsanwärtigen Einzelhandel auch nicht derart ins Blaue hinein, wie dies bei auswärtigen Bestellungen wegen der „gerade günstigen Gelegenheit“ oder wegen „Portoerparnis“ vielfach geschieht, sondern man kauft eben diejenige Ware, die man für absehbare Zeit braucht, jedoch ein Verderben oder Ausdermodekommen ausgeschlossen ist.

Die Wohlfahrtsbriefmarken — eine wertvolle Ergänzung des Winterhilfswerks

Im Rahmen des großen Hilfswerks der deutschen amtlichen und freien Wohlfahrtspflege zur Bekämpfung der Winternot findet vom 1. November 1932 bis 28. Februar 1933 der Vertrieb von fünf neuen Wohlfahrtsbriefmarken der Reichspost für die Deutsche Reichspost statt. An dem Vertrieb sind, wie alljährlich, alle Verbände der freien Wohlfahrtspflege beteiligt. Der Ertrag dient zur Verringerung materieller Notstände. Die geringe Höhe des Wohlfahrtsaufschlags soll weiteren Kreisen die Möglichkeit geben, sich ohne fahrlässiges Opfer an dem großen Hilfswerk zu beteiligen. Dies wird um so lieber geschehen, als die diesjährigen Wohlfahrtsbriefmarken berühmte deutsche Burgen und Schlösser darstellen. Die 4-Pfg.-Marke (Verkaufswert 6 Pfg.) zeigt die Wartburg, die 6-Pfg.-Marke (Verkaufswert 10 Pfg.) bringt eine Abbildung des Schlosses Stolzenfels, die 12-Pfg.-Marke (Verkaufswert 15 Pfg.) stellt die Burg Nürnberg dar, die 25-Pfg.-Marke (Verkaufswert 35 Pfg.) gibt eine Abbildung des Schlosses Vichtenstein und die 40-Pfg.-Marke (Verkaufswert 60 Pfg.) zeigt Schloß Wartburg. Außerdem werden Markenbesitzern zum Preis von 2 Mark ausgegeben, die je fünf Wohlfahrtsbriefmarken zu 4 und 6 Pfg. und acht Wohlfahrtsbriefmarken zu 12 Pfg. enthalten. — Neben diesen Marken wird die anlässlich des 85. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten bereits am 1. Oktober ausgegebene Wohlfahrtsposchkarte mit dem Bild des Herrn Reichspräsidenten und einer eingedruckten 6-Pfg.-Wohlfahrtsbriefmarke (Zannenberg-Denkmal) weiterverkauft. Der Preis der Wohlfahrtsposchkarte ist 10 Pfg.

Die Wohlfahrtsbriefmarken sind zur Freimachung sämtlicher Postsendungen nach dem In- und Ausland bis 30. Juni 1933 zugelassen. — Bestellungen werden von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege entgegengenommen.

(*) Do X über Karlsruhe. Nach Mitteilung des Verkehrsvereins wird der Do X unter Führung des Kapitäns Fr. Christianen am Mittwoch, 2. November, etwa 11.30 Uhr auf der Reise in die Heimat Karlsruhe in einer Ehrenrunde überfliegen.

(*) Totenfeier in aller Stille. Am Sonntag, 30. Oktober 1932, vormittags 10 Uhr, hat eine Abordnung von Mitgliedern des Reichsbundes der Kriegsoberwunden, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen zum Gedenken ihrer toten Kameraden in aller Stille auf dem Kriegesfriedhof am Ehrenmal einen Lorbeerkrans niedergelegt.

(*) Kranziederlegung der Reiterknecht. Anlässlich der Kriegesallenen-Gedenkfeier auf dem Friedhof hat die badische Regierung gestern einen Lorbeerkrans am Kriegesdenkmal niedergelegt lassen.

(*) Ein neuer Direktor beim Staatstechnikum in Karlsruhe. Der Direktor der Witkop-WG für Hoch- und Tiefbau in Magdeburg, Regierungsbaurat Dr. Ing. Theodor Krauß aus Heidelberg,

Existenzkampf des Films

Motiv der Lichtspieltheater-Besitzer

Zu den Unternehmungen, die von der Wirtschaftsnote besonders heimlich gesucht werden, gehören auch die Lichtspieltheater. Für diese Institute kommen aber noch eine Reihe anderer drückender Belastungen in Betracht, insbesondere die Vergütungsgesetze und die Filmzulassung. Es ist daher nur zu begrüßen, daß die Lichtspieltheaterbesitzer einen Kampf gegen diese Belastungen führen.

Die Kundgebung am Sonntag vormittag in den Residenz-Lichtspielen war seitens der interessierten Kreise zahlreich besucht. Herr Kienzie, der Vorsitzende des Landesverbandes, bemerkte in seiner Begrüßungsansprache, daß der Kampf der Lichtspieltheater tatsächlich ein Existenzkampf sei, und wies insbesondere auf die große Belastung durch die Vergütungsgesetze hin. Er bedauerte zugleich, daß seitens der Stadtverwaltung niemand trotz der Einladung erschienen sei.

Das Hauptproblem

Herr Syndikus Dr. Dieckhoff, Berlin. Seine Ausführungen über den Existenzkampf des Films wirkten sehr überzeugend. Eingangs gab er ein Bild über die Entwicklung des Films von der Leuchtlampe bis zum heutigen Tonfilm. Dabei lag er besonders, daß diesem Erwerbszweig hinsichtlich der Entwicklung, des Ausbaues und der Förderung derartiger Schwierigkeiten und Hemmnisse bereitet wurden, wie dem deutschen Lichtspielgewerbe, und daß trotzdem in den 37 Jahren deutscher Film- und Lichtspieltheater-Geschichte eine außerordentliche Entwicklung, von der Schaubude über das Cabaretino zum Lichtspieltheater, zu verzeichnen ist.

Der Redner verbreitete sich sodann über die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Bedeutung des Filmes, wobei er in der Hauptsache ausfuhrte:

Der deutsche Lichtspieltheaterpark umfaßt insgesamt 5057 Betriebe mit 1986 813 Sitzplätzen. Der Gesamtmarkt des deutschen Lichtspieltheaterparks dürfte rund 400 Millionen Mark betragen.

Von den Einnahmen fließen in die verschiedensten Bereiche u. a.: 26 Millionen Mark als Vergütungsgesüer in die Kassen der Kommunen, 22 Millionen Mark als Gehälter und Löhne an die in den Lichtspieltheatern beschäftigten Arbeitnehmer, 33 Millionen Mark als Miete oder Pacht an den Haus- bzw. Grundbesitz, 23,5 Millionen Mark als Reklameaufwendungen, 68 Millionen Mark als Gehältern der Filmproduzenten und von dort an die Filmproduktion als Filmlicenz der Lichtspieltheater, 8,8 Millionen Mark als Ausgaben für Erneuerungs- und Wiederherstellungsarbeiten, 4,4 Millionen Mark als Umlagesteuer für die vertriebenen Eintrittskarten an die Besucher, in die Reichskasse, 29 Millionen Mark als sonstige Steuern, Versicherungsprämien, Sozialabgaben, Ausgaben für Licht- und Kraftstromverbrauch, Verwaltungsgebühren verschiedener Art.

Ueber die kulturelle Bedeutung des Lichtspielgewerbes betonte er zunächst, daß der erste deutsche Tonfilm erst im Jahre 1929 entstand und die Entwicklungsgeschichte der deutschen Lichtspieltheater erst einen Zeitraum von dreieinhalb Jahrzehnten umfaßt. Es ist heute mindestens so sehr eine „moralische Anstalt“ im Sinne Schillers, wie die Sprechbühne. Werke der Deutschen und Weltliteratur, der Dichtung und Musik haben ihre Darstellung bewahrt. Wiedergabe im Film gefunden, sowie Vorträge, Schmitz und Geneständ der filmischen Wiedergabe. In besonders dazu hergestellten Filmen — Kultur-, Expeditions- und Forschungsfilmen oder in Spielfilmen eingeleitet — werden Landschaften und Länder, Wirtschaftslagen, Wissenschaft, Schmitz und Kunst wiedergegeben oder dargestellt. Das Lichtspieltheater in seiner Eigenschaft als Mittel zur Erweiterung und Vertiefung des allgemeinen Wissens, zur Belehrung, Unterhalt-

ung und Entspannung der Gesamtheit des deutschen Volkes, hat nicht nur beigetragen, sondern in erheblichem Maße gefördert, als dies durch eine andere Institution möglich ist.

Zur sozialen Leistung des Lichtspielgewerbes wies er darauf hin, daß die deutschen Lichtspieltheater sehr verbreitet sind, allen Kreisen der Bevölkerung den Besuch zu ermöglichen und haben dementsprechend ihre Eintrittspreise der Kaufkraft der breiten Masse angepaßt. Unter Mitwirkung der zuständigen Organisationen ist die ständige Verringerung getroffen worden, daß den Erwerblosen zu einem durchschnittlich 33 1/2 Prozent niedrigeren Preise als dem billigeren Klassenpreis der Eintritt in die Lichtspieltheater ermöglicht ist. Unter den 350 Millionen jährlichen Besuchern der Lichtspieltheater befinden sich mindestens 70 Millionen aus den Reihen der Erwerblosen, denen der nur für sie eingedräumte Vorantrittspreis gewährt wird. Dies bedeutet aber eine Mindesteinnahmeverringering von 14 Millionen Mark. Alle diese Tatsachen rechtfertigen die Forderungen, daß auch künftighin der Film- und Lichtspielgewerbe in seinem schweren Existenzkampf die erforderliche Unterstützung zur Überwindung zuteil wird.

Wenn man die Ursachen des ungeheuren Existenzkampfes des Films untersucht, welchem die deutsche Filmwirtschaft und mit ihr insbesondere das deutsche Lichtspielgewerbe führen müssen, so findet man zwei Quellen:

Einmal die Überbelastung der Filmherstellung und Filmwiedergabe durch die Tonfilmzulassung und Betriebs- und Erhaltungskosten für die Wiedergabe. Jeder Film, der in Deutschland hergestellt wird, ist mit durchschnittlich 300 000,— bis 700 000,— Tonfilmzulassung belastet, die sich aus der prentrechtlichen Situation und monopolistischen Machtstellung ergeben. Andererseits ist es die kommunale Aufgabe im Gestalt der Vergütungsgesüer, die die Abgeregelnungen der Vergütungsgesüer zeigen sich am deutlichsten daran, daß seit dem 1. Juli 1931 2 000 Lichtspieltheater mindestens einmal, zum meist aber mehrmals ihre Inhaber wechseln mußten.

Dem Redner folgte eine Ausprache, in der zuerst unsere Genossin Frau Landtagsabgeordnete Fischer das Wort ergrieff. Sie würdigte den Film als kultureller, volkshilfender und aufklärerischer Faktor und wies speziell darauf hin, daß der Film gerade den minderbemittelten Schichten Gelegenheit gebe, Länder, Stadt- und Natursehenswürdigkeiten zu sehen, die an Ort und Stelle zu besuchen diesen Kreisen in Folge der Geldarmut nicht möglich ist. Sie wies auch auf die erfreuliche Entwicklung des Films in künstlerischer und kultureller Hinsicht hin und gab dem Wunsch Ausdruck, daß es den Lichtspieltheatern gelingen möge, die künstlerischen Erleichterungen zu erhalten und einen weiteren Ausbau ihrer Unternehmungen zu ermöglichen. Im Auftrag der Kleinrentner unterführte Herr Oberkammerrat a. D. Dr. Kaiser die Bestimmungen der Lichtspieltheaterbesitzer, denn gerade die Kleinrentner seien so sehr auf die Lichtspiele angewiesen.

Herr Kienzie wies sodann in seinem Schlußworte auf die Notwendigkeit hin, dem Publikum nur gute Filme zu bieten. Er gab sodann der festen Hoffnung Ausdruck, daß die Stadt Karlsruhe die ungenügende Besteuerung beseitigen möge. Er teilte weiter mit, daß auch die Gewerkschaften an die Minderungen hinter den Forderungen der Lichtspieltheaterbesitzer stehen.

Die Anträge wurden umrahmt durch Vorfürhungen von Teilmustern einer Reihe der ansehnlichsten Erzeugnisse der Filmproduktion.

berg, wurde vom Ministerium des Kultus und Unterrichts zum Direktor des Staatstechnikums in Karlsruhe ernannt.

(*) Zurücksetzung des Oberverwaltungsgerichtsrats Dr. Paul Kruppenberg. Mit dem heutigen Tage tritt Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Paul Kruppenberg beim Verwaltungsgerichtshof entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen in den dauernden Ruhestand. Ueber 24 Jahre stand der verdiente Beamte im Dienste des badischen Staates.

(*) Von der Welle. Das allbekannte türkische Konfiterienhaus A. Geurtschkin ist wieder auf der Welle eingetroffen. (S. Interat.)

Käppur

25jähriges Jubiläum der Freien Turnerschaft

Das 25jährige Bestehen eines Vereins ist Veranlassung, in gedächtnisvoller Weise diesen wichtigen Abschnitt in der Vereinsgeschichte zu würdigen. Trotz der Not der Zeit ließ es sich deshalb auch die diesjährige Turnerschaft nicht nehmen, ihr Silberjubiläum, wenn auch in bescheidenem Rahmen zu feiern. So sah denn die Veranstaltung am Samstag abend im „Grünen Baum“ eine recht stattliche Festgemeinde. Das Programm war zum überwiegenden Teil der turnerischen und sportlichen Arbeit gewidmet. Und was geboten wurde, waren Qualitätsleistungen aus dem großen Gebiet der Leistungsübungen. Der Reigen der Darbietungen wurde mit Freiübungen der Turnerinnen und Turner eröffnet, ihnen folgten recht gut vorbereitete Ringübungen der Turner, Reulenübungen der Turnerinnen, prächtige Leistungen am Barren, eine nette Tandee, ein Seiterfeld erzeugendes Flächturnen, während ein allerliebster Reigen der Turnerinnen und Turner den Abschluß bildeten. Die turnerischen Darbietungen, die insgesamt auf recht hoher Stufe standen, wurden unterbrochen durch den Ertrag eines 14 für langjährige Mitglieder. Doch zuvor bewies eine Abteilung der „Alten“, daß auch in vorgerücktem Alter das Turnen noch recht heilsam ist, um alle Glieder noch jung zu erhalten. Ihre Stübchen liegen zwar noch das alte Turnisystem erkennen, aber sie wurden unter der schonigen Leitung des 73jährigen Turnveteranen Wals erst ausgeführt. Die daran anschließende Ehrung zeigte, daß der Verein über eine ganz stattliche Zahl von Mitgliedern verfügt, die über 25 und 20 Jahre dem Verein die Treue bewahrt haben. Wäre diese Anzahl der Jubilare an den Verein der Jugend ein leuchtendes Beispiel sein. Den Mitgliebern, die über 25 Jahre dem Verein angehören, wurde die silberne Bundesnadel überreicht, während die übrigen Jubilare mit einer entsprechenden Anstecknadel geehrt wurden. Ehrfreudigste stellte sich auch der Arbeiterjüngerbund zur Verfügung und verleihte die Feier durch mehrere Vorträge, die himmelsvoll wiedergegeben wurden. Von Seiten des Arbeiterportiervereins, der Sozialdem. Partei, der Eltern und des Brudervereins wurde die Freude der Verein die besten Glückwünsche entgegenzunehmen. Ein Tanz beschloß die in jeder Hinsicht vorläufige Feier.

Wäre es dem Verein vergönnt sein, immer mehr zu erflerken, denn wenn auch der Abend die große turnerische und sportliche

Leistungsfähigkeit des Vereins unter Beweis stellte, so darf es kein Fall geben, sondern Auf- und Ausbau muß die Lohn aller Mitglieber, insbesondere des aktiven Teils des Vereins, sein.

Die Sozialdemokratische Partei und die Kleine Front Käppur hatten am letzten Sonntag zu einem politischen Kampfabend in den „Grünen Baum“ eingeladen. Wenn trotz eines sehr ungenügenden Wetters gegen 200 Besucher festgesetzt werden konnten, dann beruht dies immerhin auf der Feststellung, daß diese politische Veranstaltung die bisher bestbesuchte aller Parteien in Karlsruhe während dieser Wahlperiode war. Den Kern stellte die Kleine Front, die zum größten Teil neu eingeleitet, sich als eine benedigte Truppe präsentierte. Der Arbeiterjugendorgane hatte sich ebenfalls eingependelt und es ließ dabei gerne anerkannt er sich in letzter Zeit in steigendem Maße zur kulturellen Arbeit in unseren Versammlungen einfindet. Gemeinsamer Gesang und Chöre, ausgeführt gute und meistbald vorgetragene Redaktionen des Gen. Zoos als kultivierter Ausdruck politischer Weltanschauung ein Verklamünerungsneue, das weit über dem barocken Geist etwa einer Nazierammlung stand. Kommt dann noch ein Redner hinzu, wie Gen. Haebler, der es versteht, ohne dabei die Gründlichkeit zu vernachlässigen — in einem kurzen aber zündenden Referat die Bedeutung des 6. November darzustellen, so bleibt lebhaft der Wunsch offen, daß dieser Kampfabend seinen weiteren Ausdruck in steigender Aktivität der Käppurer Kampfgenossen findet. In dieser Richtung lag auch das Schlußwort des Gen. Schön, der nochmals in dringender Aufforderung an die aktive Mitarbeit appellierte, damit die Liste 2 auch in unserem Bezirk mit einem würdevollen Ergebnis abschließt. Mit dem Beginn der Internationalen wurde diese Wahlkampfabend beendet, die ein gelungener Verlauf war, die herkömmliche Form politischer Zusammenkunft mit neuem sozialistischem Geiste zu beleben.

Wenn Ihr Mann abgespant und nervös ist!

wenn ihn der Beruf a-treibt und wenn er müde und nervös aussieht, so geben Sie ihm regelmäßig als Trankgetränk ein Glas Ovatine. Sie enthält die wertvollsten Nährstoffe für Körper und Geist und steigert in kürzester Zeit die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit auf gesunde, natürliche Weise. Auch Ihnen selbst wird es gut tun.

Lieber an etwas Anderem denken, aber Ovatine neu!

Ordnung: 1000 115 RM 215. Fabrik Dr. A. Wander G.m.b.H., Abt. 153 Darmstadt.

